

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 4. Febr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Bukarest vom gestrigen Tage hatten sich die Bauern mehrerer Dörfer in Folge von Unruhen der Revolutionäre, mit der Absicht nach Bukarest zu gehen, in Bewegung gesetzt. Der Unterpräfekt Notaras, der dieselben aufhalten wollte, wurde erschlagen, der Procurator mißhandelt. Der Fürst Cusa hat den Bauern Truppen entgegen geschickt, um sie aufzuhalten.

Chemnitz, 4. Febr. Im Reichenbrander Schacht der chemnitzer Steinkohlenbau-Gesellschaft ward so eben das erste Kohlenstück (reichlich 12 Zoll Durchmesser) erbohrt. Der Bohrer steht wieder im Schieferthon.

Zuam, 3. Febr. Die große Thajabrücke nächst Schallerdorf an der Znam-Wiener Straße ist eingestürzt und hierdurch der Straßenverkehr gehemmt. An der Herstellung einer Nothbrücke wird gearbeitet, sie wird jedoch erst in 10 Tagen für schweren Fuhrwerk zu benutzen sein. Menschen sind hierbei nicht verunglückt.

Brüssel, 5. Febr. Die „Independance“ sagt, daß Monignor Chigi der päpstlichen Regierung Depeschen zugesandt habe, die mit den Mittheilungen übereinstimmen, welche nach der Behauptung der „Independance“ Graf Walewski in den Büreaux des Senats gemacht hat und die vom „Moniteur“ demontirt worden sind.

London, 4. Febr. Mit dem Dampfer „Canada“ sind Nachrichten aus Newyork vom 23. v. M. hier eingetroffen. Nach denselben ist die Expedition des Generals Burnside in Pamlico Sound angekommen; sie wird Newbern angreifen.

General Brim und die englisch-französischen Geschwader waren am 7. Jan. vor Vera Cruz angekommen. Es hatte keine Verminderung der Anzeichen von der Absicht der Mexicaner, im Innern Widerstand zu leisten, stattgefunden. Vera Cruz ist von aufgeworfenen Erdhügeln umgeben und wurde ein Angriff auf die Stadt erwartet.

Paris, 4. Febr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Parma vom heutigen Tage hat daselbst eine Manifestation unter dem Rufe: „Es lebe der Papst Nicht-König! Es lebe Victor Emanuel!“ stattgefunden.

Paris, 5. Febr. Mit der Ueberlandpost in Alexandrien eingetroffene Nachrichten melden, daß General Bonnard in Cochinchina ziemlich bedeutende Fortschritte mache.

Die Levantepost meldet aus Beyruth vom 30. v. M., daß die Unruhen in der Umgegend sich vermehren und daß Vanden die Straßen nach Damascus unsicher machen.

Madrid, 4. Febr. Die Königin hat dem Kronprinzen von Preußen den Orden des goldenen Vlieses überreicht.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Siebente Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Am Ministerische Gr. Pädler, v. Bethmann-Hollweg, Graf Schwerin, v. Bernuth, v. d. Heydt, v. Batow. — Die Tribünen sind zahlreich besetzt.

Eine Reihe Uraufsätze sind eingegangen. Der Präsident theilt die Wahlen mit, welche zur Ergänzung mehrerer Kommissionen durch den Ausschuss des Abg. Ostrerath nötig geworden sind. Vom Herrenhause ist die Novelle zum Gesetz vom 3. Sept. 1844 eingegangen. Abg. v. Stavenhagen schlägt vor, eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zu der Verabreichung des Gesetzes zu ernennen, und zwar, wie im vor. J., in der Weise, daß 14 Mitgl. gewählt, 7 aus der Budgetkommission zutreten, da, wie der Antragsteller zufügt, der Zusammenhang dieses Gesetzentwurfs mit dem Budget unverkennbar sei. Das Haus tritt ohne jede Debatte diesem Antrage einstimmig bei. — Für den bereits mitgetheilten, vom Abg. Reichensperger eingebrachten Gesetzentwurf wegen gerichtlicher Verfolgung von Polizeivergehen schlägt der Präsi. vor, eine besondere Kommission zu ernennen. Dies geschieht, während der Vorlesung des Abg. Rohden, nun auch den früher erwähnten Antrag Wächter der Justizkommission zu ziehen und dieser besonderen Kommission zu überweisen, nur die Stimmen der latb. Fraktion für sich hat. — Der Pflanzmann'sche Antrag (schon mitgetheilt) geht an die Justizkommission; die Kuppel'schen Anträge (auf Reform der Hypotheken- und Substitutionsgesetzgebung) auf den Vortrag der Abgeordneten Zimmermann, v. Hennig (Strasburg) und Prince-Smith an eine besondere Kommission wegen der dabei obwaltenden volkswirtschaftlichen Interessen. — Der schon angekündigte Antrag auf Aufhebung der Zinsbeschränkungsgefesse und der lex anastasia ist durch den Abg. v. Hoyerbed und Gen. eingebracht worden; er geht an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

Man geht zur Tagesordnung, Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung. Zuerst der Minister des Innern Graf Schwerin: In Folge einer Autorisation Sr. Maj. des Königs vom 3. Febr. überreiche er dem Hause den Entwurf einer Städteordnung. Die Regierung habe, so fügt der Minister hinzu, in der vor. Session den Versuch gemacht, durch eine Novelle zur Städteordnung vom J. 1853 einige Bestimmungen derselben zu beseitigen, von denen sie glaube, daß sie den berechtigten Forderungen auf eine Selbstverwaltung hindernd entgegenstehen. Der Gegenstand sei nicht zum Abschluß gekommen, einmal, weil die Bestimmungen nicht für ausreichend erachtet wurden, und weil man die Form der Novelle für bedenklich hielt. Es haben gründliche thatsächliche Feststellungen stattgefunden, es seien Gutachten der Provinzial- und Stadtbehörden eingeholt. Daraus sei der gegenwärtige Entwurf einer codificirten Städteordnung, umfassend die ganze Monarchie, mit Ausnahme der hohenzollernschen Lande, und mit Einschluß von Neu-Vorpommern und Rügen, hervorgegangen. Der Entwurf enthalte die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen, und gleiche die Verhältnisse zwischen den östl. und westl. Provinzen aus. Einer der wichtigsten und wesentlichsten Punkte betreffe das Wahlsystem in Bezug auf die Stadt- und wahlberechtigten Punkte...

men an und hat denselben in dem vorliegenden Gesetz-Entwurf abzuhelfen gesucht. Bekanntlich besteht seit langer Zeit in Köln ein von den übrigen Gerichten losgelöstes Handelsgericht für die Bearbeitung von Handelsfällen, das sich als sehr gedeihlich erwiesen hat. Das Gesetz vom 3ten April 1847 hat eine ähnliche Einrichtung auch für die anderen Provinzen der Monarchie einführen wollen; dieses Gesetz ist indeß, aus welchen Gründen, will ich hier nicht weiter angeben, nie zur Ausführung gekommen, und die Regierung hat auch jetzt nicht geglaubt, den Weg desselben einschlagen zu können, sondern es vorgezogen, in denjenigen Städten, die sich eines besonders lebhaften Verkehrs und Handelsbetriebs erfreuen, bei den bestehenden Stadt- und Kreisgerichten besondere Abtheilungen mit kaufmännischen Richtern zur Bearbeitung von Handelsfällen zu schaffen. Vorzugsweise bestimmend war der Umstand, daß der schriftliche Prozeß, der gegenwärtig noch in Brauch ist, die allgemeine Einführung des Gesetzes von 1847 kaum zulässig erscheinen läßt, da außerdem die Revision des ganzen Civil-Prozesses in Aussicht genommen ist, welche gebräuchlich vorkommt; es wäre daher bedenklich, eine bald umzugestaltende Organisation jetzt einzuführen. Es ist deshalb in dem Gesetz-Entwurf an die bestehende Gesetzgebung angeknüpft. Der Inhalt desselben erstreckt sich auf die Wahl der Richter aus den kaufmännischen Kreisen, denen die Rechte der rechtsgelehrten Richter beigelegt sind; ferner auf die Kompetenz über die streitigen Handelsfälle, wozu die Verbindlichkeiten eines Kaufmanns aus seinen Handelsgeschäften, die Verbindlichkeiten eines Nichtkaufmanns aus einem Handelsgeschäfte, sämtliche im Art. 11. des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch aufgeführte Handelsfälle und die Wechselverbindlichkeiten zur Kompetenz der Handelsgerichte gehören, dagegen alle Bagatellfälle davon ausgeschlossen sind, um nicht durch eine Ueberlastung dem Institut Eintrag zu thun. Bei Bildung der Handelsabtheilung hat die Reg. das sehr umfangreiche Material benutzt, welches die Berichte sämtlicher Gerichte, Handelskammern und kaufmännischen Corporationen geliefert. Die Abtheilung soll aus zwei rechtsgelehrten Richtern, von denen der Eine als Vorsitzender fungiren soll, und drei Richtern aus dem Handelsstande, die ihr Amt als Ehrenamt verwalten, bestehen. Außerdem enthält der Gesetz-Entwurf noch Vorschriften, welche eine Beschleunigung des Prozeßverfahrens und der Executionssinstanz bezwecken. Die Reg. hofft, daß auch dieses Gesetz, wie das allgem. deutsche Handelsgesetzbuch, welches am 1. des nächsten Monats in Kraft tritt, gebräuchlich wirken werde. Ich bitte den Gesetz-Entwurf den vereinigten Commissionen für Justiz und Handel und Gewerbe zu überweisen. — Diese Ueberweisung erfolgt.

Hierauf nimmt der Finanzminister das Wort, um nach allerhöchster Ermächtigung vom 30. v. M. einen Gesetzentwurf wegen Einföhrung von Schiffabgaben auf der Mosel vorzulegen. Derselben beruhen, wie er befügt, auf einer Convention mit Luxemburg, sie haben die ohnehin gedrückte Schiffahrt noch mehr beeinträchtigt und dieselbe hat sehr abgenommen. Die Abgaben werden in doppelter Form erhoben, als Zoll- und als Recognitionengebühr; der erstere ist von 1900 Thlr., die er. J. 1847 ertrug, im vorigen Jahre auf 5 Pf. gefallen, die letztere von über 2000 Thlr. in derselben Zeit auf 950 Thlr. (die Zahlen sind nicht ganz verständlich gewesen). Man ersieht daraus, daß die finanzielle Bedeutung der Maßregel nur geringfügig ist. — Der Minister beantragt Ueberweisung an die Finanzcommission. Derselbe legt ferner in Folge allerhöchster Ermächtigung vom heutigen Tage einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Erhebung der Stempelsteuer von ausländischen Zeitungen, Zeitschriften u. — Im vorigen Jahre sei bekanntlich über die Stempelsteuer ein Gesetz ergangen, das den Zweck gehabt, den außerpreussischen deutschen Blättern eine Erleichterung zu gewähren. Im Großen sei das auch erreicht worden, 435 der in Preußen eingehenden Blätter seien erleichtert, 94 dagegen erhöht worden. Diese Folge habe man nicht beabsichtigt. Die illustrierten Zeitungen zumal seien sehr bedrückt worden, einigen sei der Eingang geradezu unmöglich gemacht. Ein großer Sturm sei darüber in der deutschen Presse entstanden und auch mehrere Regierungen hätten geglaubt, sich diesen Reclamationen anschließen zu müssen, indem sie das preussische Gesetz als unzulässig nach dem Bundesrecht betrachteten. Dies sei nun zwar unbegründet, aber der Druck selbst, der durch das Gesetz geübt werde, sei anerkennen und so habe er (der Minister) sich entschlossen, nicht nur hier eine Modification des Gesetzes vorzuschlagen, sondern er habe diese Modificationen auch im vollen Gefühl seiner Verantwortlichkeit dafür, schon vom 1. Januar ab, ins Leben treten lassen. Der Gesetzentwurf schlage eine fixe Steuer vor, von 15 Sgr. für einmal, von 1 Thlr. für zwei- und dreimal wöchentlich erscheinende Zeitschriften, oder er stelle denselben anheim, sich der Besteuerung der preuss. Blätter selbst zu unterwerfen. Der Minister beantragt Ueberweisung an die Finanzcommission, indem er schließlich bemerkt, die finanzielle Bedeutung des Entwurfs sei unerheblich, es sei ein Ausfall von nur etwa 1000 Thlr. zu erwarten. — Endlich reicht der Minister einen Gesetzentwurf ein, betr. die Abänderung der durch Gesetz vom 14. October 1844 angeordneten periodischen Revision des Grundsteuer-Katasters für Rheinland und Westfalen. Diese Revision, vor einigen Jahren ins Leben getreten, habe, wie vorauszuhaben, mannigfache Erhebungen der Grundsteuer, die theilweise noch nach dem französischen Kataster veranlagt war, zur Folge gehabt. Die Beschwerden darüber wären indessen nicht gerechtfertigt gewesen, wenn dies Revisionswerk einen gleichmäßigen Fortgang gehabt hätte. Durch das Grundsteuergesetz vom vorigen Jahre seien jedoch allgemeine Revisionen vorgeschrieben, neben denen jene speziellen gerechterweise nicht bestehen können. Der vorliegende Gesetzentwurf bewende demzufolge, bis zum Jahre 1865, bis zur Vollendung der Grundsteueranlagung, die Resultate jener provinziellen Revisionen nicht ferner der Besteuerung zu Grunde zu legen. Die Provinziallandtage von Rheinland und Westfalen seien mit der Vorlage einverstanden, er hoffe dasselbe auch hier. Das Gesetz wird, dem Wunsch des Ministers gemäß, ebenso wie die beiden andern, der Finanzcommission überwiehen.

Die Diesterweg'sche Interpellation erklärt sich der Cultusminister sofort zu beantworten bereit.

Abg. Diesterweg (sehr schwer zu verstehen): Er wolle für die Richtung des vorregulativen Unterrichtssystems eintreten, in dessen Zeit auch seine praktische Wirksamkeit falle, sei welcher ein fester und vererblicher Geist in der Schule eingegeben sei. Man habe ihm den Vorwurf gemacht, er sei ein Reactionär und zwar ein unverbeßlicher. (Heiterkeit.) Er sei indeß an derbe Vorwürfe längst gewöhnt; habe man sich doch nicht gekümmert, ihm vorzuwerfen, er habe bewiesen, daß es zweckmäßig sei, das Gedächtniß unmündiger Kinder mit abstracten Glaubenssätzen, mit Worten zu füllen, die sie nicht verstehen, weil kein Mensch sie versteht, daß er das Christenthum aus der Welt schaffen, die Zustände von 1848 herbeiführen wolle. Jetzt, nachdem diese Vorwürfe amtlich in das größere Publikum geschleudert, halte er es für seine Pflicht, ernstlich dagegen zu protestiren.

In der vorjährigen Unterrichts-Commission seien bereits die der ministeriellen Denkschrift zu Grunde liegenden Berichte zur Sprache gekommen; sie hätten ihn in Erstaunen und in Entrüstung versetzt; er habe den Minister aufgefordert, sämtliche Berichte der Commission mitzubringen; der Minister habe das verweigert, und die Commission habe ihn (Redner) nicht tapfer unterstützt. Nun sei die Denkschrift erschienen in einer für das Publikum speciell bestimmten Zeitschrift; das sei der Grund seiner Interpellation, welche sich gründe auf den wahrhaft erschütternden Eindruck, den jene Denkschrift in Schlesien gemacht.

Der Redner geht darauf die einzelnen Punkte seiner Interpellation, resp. die einzelnen Vorwürfe durch. Zunächst was das Catechisiren angehe. Die jokratische Methode sei durch die Regulative verdrängt, d. h. der Schule sei ihre Sonne geraubt (Bravo links). Und nun werde dem vorregulativen Schulwesen vorgeworfen, es sei unpraktisch gewesen, und vorgeworfen werde das von Leuten, welche selbst das unpraktischste Buch der Welt — den heidelberger Catechismus — wieder eingeführt hätten! Das System der Regulative befördere den Dogmatismus, lege den Kindern Dogmen vor, die ihnen völlig unzugänglich seien, — Dogmen, welche „bittern Willen gleichen, die man nur dann hinunterbringt, wenn man nicht hineinbeißt“ (schallendes Gelächter). Umgekehrt, habe das vorregulative System das lebendige Anschauen entwickelt, das Entwicklungsgefesse sei dessen oberster Grundlag. Die Regulative dagegen seien erklärter Feind jedes scharfen Auffassens. (Heiterkeit.) — Ferner sei ausgesprochen der Vorwurf, der frühere Seminarunterricht habe die Seminaristen nicht mit unserer Literatur durch eigene Lectüre bekannt gemacht. Aber die Regulative verböden ja den künftigen Lehrern das Lesen der sog. Klassiker und ließen ihnen zur Lectüre nur die Traktä-

täthen der Missionsgesellschaften und die Scharteken des rauhen Hauses. (Gelächter). Der gegenwärtige Cultusminister habe freilich die Concession gemacht, daß die Seminaristen Göthe's Hermann und Dorothea, allenfalls auch Schillers Tell lesen dürften; die Jphigenie und Tasso schließe man noch aus, wobei er jene Herren Kritiker an einen beherzigenswerthen Vers der Jphigenie erinnere:

„Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt!“ (lebhaftes Bravo links). Die Concession des gegenwärtigen Ministers sei jedenfalls nur eine sehr schwache, und da werfe man nun dem früheren Systeme vor, es hätte die Seminaristen nicht mit der Literatur bekannt gemacht. (Heiterkeit).

Die Denkschrift greife in das sittliche Bewußtsein der Lehrer verwirrend ein, in ihrer Beherung für so berühmte Männer wie Harnisch u. s. w., profitüre die früheren hochverdienten Pädagogen vor dem großen Publikum. Jedem rechtschaffenen Menschen aber sei die Verehrung für tüchtige Lehrer ans Herz gewachsen. Dadurch stürze man die Lehrer wahrhaft in Verwirrung; hinter sich sähen sie nur Mängel und Schwächen, und vor sich — ändern könnten sie sich doch nicht; die Methode ändere man nicht, wie man einen Koc aus- und anziehe; die Methode sei den Lehrern Fleisch und Blut; „die Methode ist der Mensch“. Wer Lehrer wird, verzichtet auf alle zeitlichen Güter; was bleibt dem Lehrer, wenn man ihm die Freudigkeit seines Berufes nimmt? (Lebhaftes Zustimmung links.) Wenn man ihm den Trost des Bewußtseins nimmt, mit Gott für König und Vaterland in Treue wirken zu können?! (Bravo links).

Der Redner geht dann näher auf die Provinz Schlesien ein, die in pädagogischer Beziehung der Augapfel des Ministers Altenstein gewesen; er erinnert an die Zeit, wo junge begabte Männer nach der Schweiz gesendet worden, um Pestalozzi zu hören; an die Blüthe des Schulwesens bis in die vierziger Jahre; damals habe unter den Lehrern und Seminaristen eine allgemeine Freudigkeit des Wirkens, ein unerwähliger Eifer und eine vollkommene Einigkeit geherrscht. Dies Alles sei durch den christlichen Staat des Herrn v. Raumer anders geworden. Die geistlichen Conferenzen hätten Zwietracht unter die Lehrer ausgebreitet, in ihnen hätte sich Annäherung und Unwissenheit breit gemacht. Nicht nach der Tüchtigkeit, nur nach der Gläubigkeit habe man bei der Anstellung der Revidiren gefragt, in jener frommelnden Zeit, wo man Pestalozzi's Christenthum angezweifelt, deren verderbliche Nachwirkungen man mit Stumpf und Stiel austrotzen müsse. (Bravo links).

Die Denkschrift greife in eine Zeit jurid. greifene Zeit an, wo die bedeutendsten Männer das preussische Unterrichtswesen geleitet hätten, — Nicolowius, Sävern, Kortüm, Johannes Schulze — alle die sollten nun mit Blindheit geschlagen gewesen sein! Ja, die Ehrenkrone Friedrich Wilhelm des Dritten greife die Denkschrift an, unter welcher das Schulwesen in einer solchen Blüthe gestanden, daß aus aller Welt Enden, aus allen Ländern, civilisirten und uncivilisirten, Männer nach Preußen gekommen seien, um unsere Schulen sich anzusehen. Wenn der Minister ihm ein Land nenne, mit besserem Volksschulwesen, als damals Preußen gehabt habe, so wolle er seine Interpellation zurückziehen und den Herrn Minister um Verzeihung bitten. — Es sei ihm ein unerklärbares Räthsel, wie der gegenwärtige Cultusminister eine solche Kritik über einen seiner Vorgänger in die Öffentlichkeit habe bringen können. Es sei dies ein unicum und werde wohl ein unicum bleiben, denn welche Kritik könnten sonst wohl die gegenwärtigen Herren Minister von ihren vereinigten Nachfolgern erwarten?! (Heiterkeit).

Der Minister sei getäuscht, aus Unwissenheit oder aus trüblichen Motiven, wolle er nicht untersuchen; er hoffe, derselbe werde die Falscher und Täuscher zur Verantwortung ziehen und ihnen die Strafe subditiren, die ihnen gebühre. Der Minister möge nur den hiesigen Schulrath Jüringer und den Seminar-Direktor Hilbo als Zeugen über das frühere System vernehmen, aber er solle das Verhör selbst anstellen, damit er nicht abermals von anderen getäuscht werde. Er hoffe, der Minister werde den Lehrern ihre Ruhe wiedergeben. (Bravo links).

Cultusminister v. Bethmann-Hollweg: Ich werde mich streng an die Interpellation halten und dem Interpellanten nicht auf das weite Gebiet folgen, auf dem er sich bewegt hat. Am 21. Mai 1860 beschloß das Haus, sämtliche damals für und wider die Regulative eingegangenen Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung

eingetragen worden, nicht befähigt gewesen, sein aktives Wahlrecht auszuüben, sein passives dagegen habe unter jenem Umstand nicht gelitten, da letzteres Wahlrecht nur von Volljährigkeit, Unbescholtenheit, sechsmonatlichem Aufenthalt in der Gemeinde abhängt, und der Betreffende diese Bedingungen alle erfülle. Wäre aber selbst die Stimme eines Wahlmannes als eine ungültige zu betrachten, so folge daraus noch nicht die Ungültigkeit der Abgeordnetenwahl; vielmehr sei dann bei derselben nur Stimmengleichheit herbeizuführen; für welchen Fall das Wahlgesetz weitere Prozedur, nämlich die Entscheidung durch das Loos, vorschreibe. Endlich sei zu erwägen, daß die vom Hause selbst in solchen Fällen als kompetent erachtete Wahlmannsverammlung keinen Anstoß an der betreffenden Wahlmannswahl genommen habe.

Abg. Leu (Saxwedel) bestritt diese Ausführungen; die Abtheilungslisten, so wie sie abgeflohen worden, gäben das einzig gültige Kriterium für die Wahlberechtigung ab. — Abg. v. Mallinckrodt erinnerte an die Wahl in Dortmund, um zu beweisen, daß die Wahl in Bonn sehr wohl ebenfalls fortgesetzt werden könne, da sie höchstens bis zur Stimmengleichheit der beiden Candidaten gehen sei. Die Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Wahlrecht, die vorher gemacht worden, erkenne er zwar nicht ganz an, glaube aber doch, daß ein Versehen der Behörde, wie es hier der ursprünglichen Auslassung des betr. Wahlmannes aus der Urwählerliste vorliege, das sonst vollkommene Recht des Wählers nicht beeinträchtigen dürfe.

Abg. Krieger: Der dortmunder Fall sei hier nicht maßgebend, da dort gar keine Wahl zu Stande gekommen war, also der Fall gar nicht zur Beurteilung des Hauses gelangt sei. Das Haus habe nur über Gültigkeit der Wahl zu entscheiden, nicht aber eine Wahl als noch nicht vollendet zu erklären, da sie im letzten Stadium dann noch gar nicht zur Cognition des Hauses gehöre.

Die Debatte schließt damit; der Ref. wiederholt den Antrag der Abtheilung; für die Gültigkeit der Wahl erheben sich nur die Katholiken und die äußerste Rechte; für die Beanstandung ein Theil der Katholiken und der (am Ministertische allein noch anwesende) Minister Graf Schwerin; für die Ungültigkeit dagegen die Rechte, die Centren, die Linke, eine weit überwiegende Majorität.

Einige andere Wahlen haben keine Bedenken erregt, sie werden ratificirt. Die Sitzung schließt um 4 1/2 Uhr; wegen Mangel an Material ist eine nächste Sitzung noch nicht mit Bestimmtheit anzudehen. Offenlich, fügt der Präsident bei, werden bis nächsten Dienstag die turkessischen Anträge zur Plenardebatte reif sein, für welchen Fall die Sitzung um 10 Uhr beginnen soll.

K. C. Berlin, 5. Febr. [Vom Landtage.] Der gestern beschlossene Commissionsantrag in der heftigen Sache lautet: „Das Haus der Abgeordneten beschließen: In Erwägung

- 1) daß die in Kurhessen schon seit Jahren dauernde Störung des öffentlichen Rechtszustandes nicht bloss jenes Land schwer bedrückt und das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes verletzt, sondern auch, da sie aus einer rechtswidrigen, die Verfassungen der deutschen Staaten gefährdenden Anwendung der Bundesgewalt hervorgegangen ist, für ganz Deutschland den Gegenstand ernstlicher Beunruhigung bildet;
- 2) daß die königl. Staatsregierung bereits im Jahre 1859 in offizieller Form erklärt hat, daß die Wiederherstellung der im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzten Verfassung vom Jahre 1831 — wie sie zwanzig Jahre hindurch in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat — der einzige Weg sei, jenen Theil Deutschlands in feste Rechtszustände zurückzuführen;
- 3) daß neuerdings die großherzoglich badische Regierung sich dieser Auffassung angeschlossen, und das rechtliche Fortbestehen der Verfassung von 1831 sammt Zusatz und des Wahlgesetzes v. 1849 anerkannt hat;
- 4) daß auch das hurbessische Volk — und zwar selbst durch das Organ derjenigen Landesvertretung, welche nach den eignen Vorschlägen der Regierung und unter ihrem Einflusse gebildet wurde — mit einer Einmüthigkeit und Beharrlichkeit, welche die lebhafteste Theilnahme Deutschlands an jener Verfassung festhält und deren Wiederherstellung verlangt;
- 5) daß dagegen die kurhessische Regierung fortfährt, diese Wiederherstellung zu verlagern; jogar der von ihr verliehenen Verfassung zuwiderhandelt, und dem Lande selbst diejenigen Rechte verweigert, welche durch diese rechtswidrig eingeführte Verfassung unangefastet geblieben sind;
- 6) daß bei dem weiteren Vorgehen der kurhessischen Regierung auf diesem Wege die Befürchtung vor gewaltsamen Störungen der öffentlichen Ordnung in jenem, dem Machtgebiete Preussens sich anschließenden Lande nahe tritt; erklärt das Haus der Abgeordneten es als dringend geboten: daß die königliche Staatsregierung mit allen ihren Mitteln auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere auf eine sofortige Berufung der hessischen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Januar 1831, der in Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 hinwirke.“

Zum Referenten hat die Commission den Abg. Behrend gewählt; der Bericht wird wahrscheinlich am Freitag festgesetzt, so daß die Verathung im Plenum am Dienstag oder Mittwoch erfolgen würde. — Das Amendement Carlowitz ist in der Commission mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Berlin, 5. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den Bergamts-Rendanten, Rechnungsrath Brenscheldt zu Essen den rothen Adlers-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem Ober-Berggeschwornen a. D. Vorbrodt zu Steele den rothen Adlers-Orden vierter Klasse; ferner dem Appellationsgerichts-Rath Heine in Halberstadt bei seinem Ausscheiden aus dem Justizdienste, den Charakter als Geheimrath; so wie den Haupt-Steuer-Amts-Rendanten Marchwinski in Meseritz, Kerthoff in Köln, Schütze in Götting und Förster in Magdeburg, imgleichen den Haupt-Zoll-Amts-Rendanten Erxleben in Breden und Henning in Pilsau den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen. (St.-A.)

Frankreich.

Paris, 3. Febr. Es ist wieder eine große wissenschaftliche Celebrität dahingeshieden. Biot, der als Astronom, Physiker und Chemiker hochberühmte Freund und Mitarbeiter von Arago, ist in seinem 88. Jahre gestorben. Er war Mitglied dreier Akademien des Instituts. Es ist also nunmehr noch ein dritter Sessel in der französischen Akademie zu besetzen.

Paris, 3. Febr. [Die Mirès'sche Masse.] Die nach der Verhaftung des Herrn Mirès eingesezten Liquidatoren haben so eben an die Actionäre einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Untersuchung und über den gegenwärtigen Stand des Social-Vermögens erstattet. Der Bericht ist so traurig als möglich. Es bleiben den Actionären kaum 15 bis 20 pCt. des eingeschossenen Capitals (50 Millionen). Die Liquidatoren mußten natürlich zum Ausgangspunkte ihres Berichts die Jahres-Bilanz nehmen, welche Herr Mirès wenige Tage vor seiner Verhaftung (31. Januar vorigen Jahres) seinen Actionären vorgelegt; diese Bilanz ließ einen Ueberschuß von nahe 5 Mill. Fr. hervortreten, was die Vertheilung einer Dividende von 5 pCt. gestattete. Die Liquidatoren zeigen, daß in jenem Momente in Wirklichkeit ein Deficit von mehr als 40 Millionen vorhanden, d. h. das Stamm-Capital zu mehr als 1/4 aufgezehrt war. Unter den Mitteln, durch welche Mirès eine so gewaltige Fälschung der Bilanz erzielte, werden namentlich zwei als entscheidend hervorgehoben. Das erste ist, daß er die von der Gesellschaft creirten aber nicht emittirten, sondern größtentheils in ihrem Portefeuille befindlichen verschiedenen Aktien und Obligationen zum vollen Nennwerth ansetzte, während die einen noch gar keinen Werth hatten, die anderen weit unter Pari standen; das zweite bestand darin, daß man Schuldposten, welche längst verloren waren, nicht nur als actives Capital, sondern mit ihren Zinsen und Zinseszinsen seit Jahren aufführte. Die Liquidation sucht namentlich die von den Geranten selbst (Mirès, Pontalba, Solar u. a.) schuldbigen Summen einzutreiben, meint aber trotzdem nicht, daß für die Actionäre mehr als 20 pCt. gerettet werden können. Diese Darstellung dürfte nicht ohne Einfluß sein bei der nahe bevorstehenden Wiederaufnahme des Processes in Douai. Freilich ist seit der ersten Verhandlung die Stimmung, namentlich höheren Orts, wieder für den Schwindel viel günstiger geworden.

== Breslau, 6. Febr. Der Eisgang, welcher, wie bereits in dem heutigen Morgenblatte der Breslauer Zeitung erwähnt wird, in der sogenannten „alten Oder“ eingetreten ist, hat leider schon schlimme Folgen gehabt. Wie nämlich Landleute, welche diesen Morgen zur Stadt gekommen sind, berichten — sind 5 Pfähle der langen Brücke, welche kurz vor Rosenthal über die alte Oder führt, durch das Eis hinweggerissen oder stark beschädigt worden. Die Brücke hat deshalb für Fuhrwerke gesperrt werden müssen, und nur für Fußgänger eine Passage freigelassen worden. Es müssen deshalb Wagen, welche aus jener Gegend kommen, den erheblichen Umweg über Hundsfeld nehmen. Die Ueberschwemmungen jenseits sollen sehr bedeutend sein.

== Gestern von 10 Uhr Morgens bis Nachmittags 3 Uhr erfolgt der Eisgang über das Strauchwehr durch die alte Oder. Die Masse des Eises war ungeheuer groß, so daß mannichfacher Schaden unvermeidlich war. So hat insbesondere die lange Rosenthalerbrücke bedeutend gelitten, und es mußte ihre Sperrung erfolgen. Ebenso sind Theile der „Gröschelbrücke“ und der kurzen Oderbrücke beschädigt. Seit gestern Nachmittags 4 Uhr setzte sich das Eis auch hier in Bewegung, drängte heute Früh 4 Uhr so stark an der Paulinerbrücke, und zwar mit solcher Kraft, daß man eine Gefahr für diese befürchtete, jedoch litt bloss der linke Theil der Brücke Schaden. Hier sind die Brücken oberhalb, wie die N. Sandbrücke u. Leichnambrücke nicht frei, indem sich dort das Eis aufgeschichtet hat. Von Oberhalb traf gestern noch spät aus Ratibor eine Depesche ein. Das Eis ist am 5. Nachmittags 4 Uhr abgegangen und ist die Oder dort frei; der Wasserstand war gestern Nachmittags dort 9' 6" und ist im Wachsen. Die Ober-Schleuse in Brieg soll ebenfalls bedeutenden Schaden gelitten haben. Hier variierte der Wasserstand fortwährend durch die Stauungen des Eises, so am Oberpegel in 10 Minuten um 3 Fuß. Heute Morgen 18". Unterpegel gestern Abend 5' 8", heute Früh 6 Uhr 6' 7", 8 Uhr 6' 9".

Breslau, 6. Februar. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Gartenstr. Nr. 23 d. sechs Stück große gelbgefederte Cochinchinähühner; Mathiasstraße Nr. 67 ein 9 Fuß langes Zintrohr; an der Barbarikirche einer Dame aus der Tasche ihres Kleides, ein Portemonnaie von rothbraunem Leder mit zwei Thaler Inbalt; Nikolaistraße Nr. 18 und 19 eine silberne Cylinderruhr mit gepreßtem Goldrande; auf der Schubbrücke einem Lohnfuhrman von seinem Wagen, den er kurze Zeit unbeaufsichtigt auf der Straße hatte stehen lassen, zwei vollene, roth, blau und weißgestreifte, mit Leinwand gefutterte Pferdedecken; dem Schiffseigentümer B. aus Nathan, von seinem hier an der Neumarkt liegenden Oberthahne, ein Segeltuch; Neumarkt 22, ein kupfernes Quart-Maas; Nikolaistraße 12, ein Decktuch mit grau und blau gestreiftem Innlet und blau und weißgestreiftem Ueberzuge, so wie ein Arbeitsrod aus schwarzem Paraceti; Mathiasstraße 29, 2000 Stk Cigarren, 6 Quart Butter, 4 Pfd. Kaffee, 6 Pfd. gegossene Talglichte, 7 bis 8 Pfd. Stearinlichte und 2 1/2 Pfd. Syrup; Salvatorplatz, ein brauner gerippter Damenmantel neuester Form, mit schwarzer Seide eingefast und seidener Futter; am Rathhause Nr. 6, eine gewirkte Jade, die Aussenfläche blau, die innere grün; einem Kleiderhändler aus seiner Marktbude aus dem Ringe, eine braune gewirkte baumwollene Unterjeade. Vollständig mit Beslag belegt wurden: ein graulerner Sack, ein buntes Schnupftuch und eine Quantität Kaffee, Zucker, Cichorie und Conditorenwaaren. Abhanden gekommen ist am 1sten d. M. eine schwarze Jagdhündin, auf den Namen Juno hörend. Verloren wurde: eine grauwollene Pferdebede. Gefunden wurde: ein Portemonnaie mit Geld. Eingefunden hat sich ein kleiner junger gelber Hund; abzuholen Tauentzienstraße Nr. 82 bei Dorn.

Auswärtiger Wasser-Rapport.

Am Pegel zu Matibor stand das Wasser der Oder den 5. Febr., Morgens 8 Uhr, 9 Fuß 6 Zoll, den 5. Febr., Nachm. 4 Uhr, 12 Fuß 4 Zoll, bei trüber Bitterung und etwas Regen. Oberhalb Oberberg noch Eisstand.

Meteorologische Beobachtungen.

Die Stärke des Windes ist durch Zahlen von 0 bis 4 bezeichnet, so daß 0 gänzlich Windstille, 4 aber Sturm bedeutet.

Stationen.	Barometer bei 0° R.	Lufttemperatur. Reaumur.	Wind.	Allgemeiner Witterungs-Zustand.
------------	---------------------	--------------------------	-------	---------------------------------

Am 3. Februar, 8 Uhr Morgens.

Wien	28 5,60	+5,9	S. 1.	Bedeckt.
Paris	28 1,83	+7,6	SW. 1.	Heiter.
Greenwich	28 2,85	-20,0	Windstille.	Heiter.
Petersburg	27 6,08	-11,1	D. 3.	Bewölkt.
Moskau	28 4,41	+1,6	D. 1.	Heiter.
Madrid				

Am 5. Februar, 8 Uhr Morgens.

Berlin	27 10,95	+6,4	W. 2.	Trübe.
Königsberg	28 0,15	-8,0	D. 1.	Trübe.
Breslau	27 8,12	+4,8	W. 1.	Regen.
Köln	28 0,59	+8,0	WSW. 1.	Bewölkt.
Frankfurt a. M.	27 11,13	+8,0		Trübe.

Breslauer Sternwarte.

5. Februar				
10 Uhr Abends	27 4,08	+4,0	W. 2.	Bedeckt. Regen.
6. Februar				
6 Uhr Morgens	27 5,38	+0,4	NW. 2.	Bedeckt. Regen und Schnee.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 5. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnerte zu 71, 45 und sank träge auf Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen. Schluß-Courfe: 3proz. Rente 71, 35, 4 1/2proz. Rente 99, 55. 3proz. Spanier 48 1/2. 1proz. Spanier 43. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 511. Credit-mobilier-Aktien 772. Lombard. Eisenbahn-Aktien 552. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 5. Febr., Nachm. 3 Uhr. Consols 92 1/2. 1proz. Spanier 43 1/2. Meritaner 34 1/2. Sardinier 78 1/2. Sprz. Russen 98. 4 1/2proz. Russen 92 1/2.

Wien, 5. Februar, Mitt. 12 Uhr 30 Min. Sehr beliebt. 3proz. Metall. 68, 80. 4 1/2proz. Metall. 60, 50. Bank-Aktien 800. Nordbahn 216, 20. 1854er Loose 91. National-Anleihe 83, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien 511. Credit-Aktien 194, 50. London 138, 80. Hamburg 103, 80. Paris 55. Gold —. Silber —. Elisabethbahn 156, 60. Lomb. Eisenbahn 172. Neue Loose 125, 25. 1860er Loose 89, 60.

Frankfurt a. M., 5. Febr., Nachm. 2 1/2 Uhr. Das Steigender österr. Effekten sowie der Meininger Aktien dauert fort; Geschäft sehr lebhaft. Schluß-Courfe: Ludwigshafen-Verbad 130 1/2. Wiener Wechsel 84. Darmst. Bank-Aktien 206 1/2. Darmst. Zettelbank 246 1/2. Sprz. Met. 48 1/2. 4 1/2proz. Metall. 42 1/2. 1854er Loose 64. Oesterr. National-Anleihe 58 1/2. Oesterr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 240. Oesterr. Bank-Antheile 669. Oesterr. Credit-Aktien 165. Neueste österr. Anleihe 64 1/2. Oesterr. Elisabethbahn 110 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 25 1/2. Mainz-Ludwigsh. Lit. A. 117 1/2.

Hamburg, 5. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Lebhafteste Umsätze in Nordbahn und Meritanern. Meritaner 33 1/2. Rheinische 94 1/2. Schluß-Courfe: National-Anleihe 63. Oesterr. Credit-Aktien 70. Vereinsbank 101 1/2. Norddeutsche Bank 95 1/2. Nordbahn 60 1/2. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 5. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, ab auswärts weichend. Roggen loco einiges Geschäft, letzte Preise, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 86—87 Verkäufer, zu 85—86 Käufer. Del pr. Mai 27 1/2—27, pr. Okt. 26 1/2. Kaffee fest, kleines Geschäft. Zink 2000 Ctr. pr. Frühjahr 11 1/2.

Liverpool, 5. Februar. [Baumwolle.] 7,000 Ballen Umsas. — Preise fest.

London, 5. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen unverändert, fremder zu Montagspreisen verkauft. Wetter mild und schön.

Amsterdam, 5. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und Roggen unverändert und stille. Raps April 80 1/2 nominell, Oktober 71 1/2. Rüböl Mai 42 1/2, Herbst 40.

Berlin, 5. Febr. Die Börse war heute bei weitem weniger bewegt in Speculationen-Effekten, als an einem der vorhergehenden Tage. So weit in

dieser eine Bewegung auftrat, war sie eine reagierende. Namentlich drückten starke Angebote auf alle diejenigen leichten Eisenbahn-Aktien, welche die Speculation in letzter Zeit auf eine dem innern Werth der Aktien meist wenig entsprechende Höhe getrieben hat. Schwere Aktien behaupteten eine festere Haltung, doch war auch hier ein Stillstand in der hausse eingetreten, nur in einzelnen Fällen erfuhr diese eine weitere Entwicklung. Dagegen kam es zu den belangreichsten Umsätzen in allen anstehenden Papieren. Für Eisenbahn-Prioritäten steigerte sich der Begehr in solchem Maße, als die Neigung der Inhaber abzugeben sich verminderte. Auch in Pfandbriefen kam es zu einem unmaßigen Verleber, eben so auch in 4 1/2% Anleihen, die, durch die seit langer Zeit verbreiteten Convertirungsgerüchte an den Markt gelangt, 1/2% unter letzter Notiz an der Börse sehr willig Käufer fanden. Der Geldmarkt erhält sich trotz dieser meist doch festen Anlage flüssig. (B.u.S.)

Berliner Börse vom 5. Februar 1862.

Fonds- und Geldcourse.		Div. Z.	
Preuss. Staats-Anleihe	102 1/2 bz.	1860 F.	120 bz.
Staats-Anl. von 1859	102 1/2 bz.	1861 F.	93 1/2 bz.
52, 54, 55, 56, 57	102 1/2 bz.	1862 F.	87 1/2 bz.
ditto	102 1/2 bz.	1863 F.	85 1/2 bz.
1858	102 1/2 bz.	1864 F.	101 1/2 bz.
Staats-Schuld-Sch.	101 1/2 bz.	Oesterr. Tarnow	4 40 bz.
Präm.-Anl. von 1855	121 1/2 bz.	Prinz-W. (St.-V.)	4 60 bz.
Börliner Stadt-Obl.	103 1/2 bz.	Rheinische	4 95 1/2 bz.
Kur-u. Neumark.	101 1/2 bz.	ditto (St.)	4 98 1/2 bz.
ditto	101 1/2 bz.	ditto Prior.	4 92 1/2 bz.
Pommersche	101 1/2 G.	ditto III. Em.	4 93 1/2 bz.
ditto neu	101 1/2 G.	Sächs.-Narobahn	4 85 1/2 bz.
Pommersche	101 1/2 G.	Ruhrt-Oberelb.	3 1/2 3/4 85 G.
ditto neu	101 1/2 G.	Starg. Posener	3 1/2 3/4 82 bz.
Schlesische	101 1/2 G.	Thüringer	6 1/2 114 G.
Kur-u. Neumark.	100 bz.	Wilhelms-Bahn	4 44 1/2 bz.
Pommersche	101 1/2 bz.	ditto Prior.	4 89 G.
Pommersche	101 1/2 bz.	ditto III. Em.	4 95 G.
Preussische	101 1/2 G.	ditto Prior St.	4 85 G.
Westf. u. Rhein.	101 1/2 G.	ditto	5 87 1/2 G.
Sächsische	100 G.		
Schlesische	100 1/2 G.		
Louisdr.	169 1/2 G.		
Goldkronen	169 1/2 G.		
	169 1/2 G.		

Preuss. und assl. Bank-Aktion.

Ausländische Fonds.		Div. Z.	
Oesterr. Metall.	5 50 B.	Berl. K.-Verelb.	5 4 115 G.
ditto 54er Pr.-Anl.	4 65 1/2 bz.	Berl.-Hand.-Ges.	5 4 81 1/2 G.
ditto neue 100-F.-L.	4 60 1/2 B.	Berl. W.-Ored. G.	5 — —
ditto Nat.-Anleihe	4 60 1/2 B.	Braunschweig-Bank	4 4 75 1/2 B.
ditto Bank-u. Wirt.	4 72 1/2 B.	Bremser	5 4 102 1/2 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5 66 1/2 B.	Coburg. Credit-A.	4 66 B.
ditto 5. Anleihe	5 65 1/2 bz.	Darmst. Zettel-B.	4 62 1/2 bau G.
ditto poln. Sch.-Obl.	4 80 tz.	Deut. Credit-B.	4 4 8 1/2 B.
Folz. Pfandbriefe	4 — —	Disc.-Com.-Anst.	5 1/2 4 91 etw. bz.
ditto III. Em.	4 84 1/2 G.	Genf. Credit-B.	2 4 40 1/2 1/2 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4 92 G.	Gerar. Bank	4 4 79 1/2 bz.
ditto à 300 Fl.	5 94 1/2 G.	Hamb. Nord-Bank	4 4 94 1/2 G.
ditto à 200 Fl.	5 23 1/2 G.	Ver.	4 1/2 101 1/2 G.
Poln. Banknoten	5 94 1/2 G.	Hannov.	5 1/2 4 95 1/2 G.
Kursess. 47 Thlr.	5 60 1/2 bz. u. G.	Leipzig	3 4 84 1/2 à 70 bz.
Baden 35 Fl.	5 31 1/2 G.	Luxemburg	7 4 90 G.
		Magd. Priv.	3 1/2 4 59 bz.
		Mein.-Credit-B.	5 4 86 bz.
		Minev.-Berg-A.	5 4 84 bz.
		Oesterr. Credit-B.	5 70 1/2 115 1/2 0 1/2 1/2 bz.
		Pos. Prov.-Bank	5 4 94 1/2 B.
		Preuss. B.-Anst.	5 1/2 4 122 1/2 bz.
		Schl. Bank-Ver.	5 4 40 1/2 etw. bz.
		Thüringer Bank	2 1/2 4 53 tz.
		Weimar. Bank	4 4 80 bz.

Aktion-Course.

Aktion-Course.		Wochel-Course.	
Aach.-Düsseld.	3 1/2 3 1/2 55 1/2 bz.	Amsterdam	16 T. 142 1/2 bz.
Aach.-Mastricht.	4 25 bz.	Berlin	2 M. 142 bz.
Amst.-Rotterdam	5 4 91 à 91 1/2 bz u. G.	Hamburg	3 T. 151 bz.
Berg.-Märkische	4 105 1/2 à 105 1/2 bz	ditto	3 M. 100 1/2 bz.
Berlin-Anhalter	6 1/2 4 135 1/2 à 136 1/2 tz	Lanc.	3 M. 20 1/2 bz.
Berlin-Hamburg	6 1/2 4 116 1/2 G.	Paris	3 M. 25 1/2 bz.
Beel.-Potsd.-Mgd.	9 4 15 1/2 bz.	Wien	10 T. 12 1/2 bz.
Boclin-Stettiner	6 1/2 4 129 1/2 bz.	ditto	2 M. 21 1/2 bz.
Breslau-Freiburg	5 1/2 4 121 bz.	Augsburg	2 M. 56 1/2 bz.
Olbn.-Mindener	10 1/2 3 1/2 147 bz.	Leipzig	6 T. 39 1/2 G.
Frankf.-Bielefeld	7 1/2 4 135 1/2 à 136 1/2 u. 36bz	ditto	2 M. 99 1/2 G.
Ludw.-Bachsch.	4 13 1/2 bz.	Frankfurt a. M.	2 M. 66 1/2 bz.
Magd.-Halberst.	4 26 1/2 G. (u. B)	Frankfurt a. M.	3 M. 27 1/2 bz. 3 M. 91 1/2 bz.
Magd.-Wittenberg	2 4 43 1/2 G.	Warenhau.	8 T. 84 1/2 bz.
Mainz-Ludw. A.	5 1/2 4 116 1/2 et 117 1/2 m. bz.	Gremen	8 T. 104 1/2 bz.
Mecklenburger	2 1/2 4 57 1/2 à 59 1/2 bz. B.		
Minster-Hammor	4 4 86 1/2 bz.		
Neisse-Briegler	2 1/2 4 57 1/2 bz.		
Niederöschle	4 4 99 B.		
N.-Schl.-Zweigb.	4 4 10 à 51 bz.		
Nordb. (Fr.-W.)	2 1/2 4 61 1/2 à 69 1/2 bz.		
Ober-Ehr.	4 102 G.		
Ober-Ehr.	7 1/2 3 1/2 135 bz.		

Berlin, 5. Febr. Weizen loco 66—81 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 81—82 1/2 Thlr. 53—1/2 Thlr., 79—80 Pfd. 52 1/2 ab Vahn, bez., eine große Partie altm. 52 1/2 Thlr. ab Boden bez., Febr. 52 1/2—1/2 Thlr. bez. und Gld., 1/2 Thlr. Br., Febr.-März 51 1/2—1/2 Thlr. bez., Frühjahr 51—1/2 Thlr. bez. und Br., 51 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 51 1/2—1/2 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 51 1/2—1/2 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 36—40 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—24 1/2 Thlr., Lieferung pr. Febr. 23 1/2 Thlr. Br., Febr.-März dito, Frühjahr 23 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 23 1/2—24 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 47—58 Thlr. — Rüböl loco 12 1/2 Thlr. bez., Febr. und Febr.-März 12 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 12 1/2—1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 12 1/2—1/2 Thlr. bez. und Gld., 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 12 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Sept.-Oktbr. 12 1/2 Thlr. Br. — Weizen, loco 12 1/2 Thlr., Lieferung 11 1/2 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 17 1/2—1/2 Thlr. bez., Febr. und Febr.-März 17 1/2—17 1/2 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., März-April 17 1/2—1/2 Thlr. bez. und Gld., 1/2 Thlr. Br., April-Mai 17 1/2—1/2 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 17 1/2—1/2 Thlr. bez., 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 18 1/2—1/2 Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-August 18 1/2—1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 18 1/2—1/2 Thlr. bez.

Weizen sehr still. Roggen war disponibel zu behaupteten Preisen sehr lebhafter Handel. Feine Qualitäten fehlen. Termine in fester Haltung bei sehr mäßigem Verleber. Hafer ein wenig besser bezahlt. Rüb